

DR. ANDREAS STARIBACHER
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN 2. August 1995

GZ. 11 0502/224-Pr.2/95

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

XIX. GP.-NR

1278

/AB

1995 -08- 02

zu 1262 1J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Hermann Böhacker und Genossen vom 6. Juni 1995, Nr. 1262/J, betreffend Erhöhung der Mineralölsteuer, beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich darauf hinweisen, daß ich Auskünfte nicht im Namen der Bundesregierung sondern nur im Rahmen der meinem Ressort übertragenen Kompetenzen geben kann.

Zu 1.:

Weder von meinem Amtsvorgänger noch von mir oder, soweit mir bekannt ist, anderen Mitgliedern der Bundesregierung wurde im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt eine allgemeine Preissenkung versprochen. Vielmehr wurde darauf hingewiesen, daß der Beitritt in einigen wichtigen Bereichen zu Preissenkungen und zu einer Verringerung der Inflation führen wird.

Zu 2. und 5.:

Das Bundesministerium für Finanzen verfügt über kein rechtliches Instrumentarium, auf die Preisgestaltung Einfluß zu nehmen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß der Rohölstandspreis cif Triest - das ist der für die heimische Raffinerie ausschlaggebende - bis April 1995 gegenüber demselben Monat des Vorjahres im wesentlichen unverändert geblieben ist (1.320 S im Jahr 1995 gegenüber 1.301 S im April 1994).

- 2 -

Zu 3.:

Österreich ist im vierten Quartal 1994 bei den Treibstoffpreisen ungefähr im Mittelfeld der Industriestaaten gelegen. Obwohl die mit 1. Mai 1995 erfolgte Mineralölsteuererhöhung, vor allem aber die starken Währungsabwertungen in einzelnen Ländern zu einer Verschiebung dieser Position gegen den oberen Bereich geführt haben, bedeutet dies nicht, daß sich die Preisdifferenzen zu den übrigen EU-Ländern in einem Bereich von 25 % bis 40 % bewegen.

Außerdem sollte nicht außer Acht gelassen werden, daß die Erhöhung der Mineralölsteuer einen wichtigen Schritt in Richtung Ökologisierung des Steuersystems darstellt. Nach Ansicht des Bundesministeriums für Finanzen liegt daher keine unzumutbare Preisdifferenz vor.

Zu 4.:

Da die Mineralölsteuererhöhung unter Bedachtnahme auf die Treibstoffpreise in der Bundesrepublik Deutschland erfolgte, wird der Substitutionseffekt eher gering geschätzt. Fundierte Angaben über die Auswirkungen können wegen der kurzen Zeitspanne seit dieser Erhöhung derzeit aber noch nicht gemacht werden.

Zu 6.:

Durch die im Mai 1995 erfolgte Erhöhung der Treibstoffpreise hat sich der Verbraucherpreisindex für diesen Monat um 0,316 % und durch die im selben Monat erfolgte Preissteigerung bei Heizölen um 0,039 % erhöht. Insgesamt hat die Preisänderung bei Treibstoffen und Heizölen im Mai 1995 eine Indexanhebung von 0,355 % zur Folge gehabt.

Anlage

A handwritten signature in black ink, appearing to read "J. Steinerbecke". The signature is fluid and cursive, with a large, stylized initial 'J' and 'S'.

XIX. GP-NR
Nr. 1262 AJ
1995-06-06

ANFRAGE**gem. § 91 GOG-NR**

der Abgeordneten Böhacker, Rosenstingl, Mag. Haupt, Dr. Preisinger, Mag. Trattner und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Erhöhung der Mineralölsteuer

Laut Kronen Zeitung vom 01. April 1995 trifft mit 01. Mai 1995 die Autofahrer auf Grund Erhöhung der Mineralölsteuer der größte Preissprung bei Benzin und Diesel seit 15 Jahren, wobei Benzin um 1.20 Schilling und Diesel um 60 Groschen teurer werden sollte. Doch schon bisher zahlen wir im Schnitt bei Vergleich mit dem EU-Durchschnittspreis je Liter um einen Schilling zuviel.

	EU-Durchschnitt S/L	Österreich S/L	Differenz
Eurosuper	2,65	3,72	+ 40 %
Super	2,54	3,49	+ 37 %
Diesel	2,54	3,44	+ 35 %
Heizöl extra leicht	2,19	2,75	+ 25 %

Diese Diskrepanz mit dem EU-Durchschnittspreis pro Liter ohne Steuer zeigt auf, daß am Treibstoffpreis einerseits der Staat über die Mineralölsteuer und andererseits die Mineralölfirmen über eine überproportional hohe und sichere Benzinspanne die Hauptgewinner sind, während die Autofahrer und die Wirtschaft hiefür die Zecche bezahlen müssen. Obwohl der gesunkene Dollar den Rohölkauf erheblich verbilligt, wird anstatt Weitergabe dieser Preissenkung an die Verbraucher eine Erhöhung der Mineralölsteuern ohne Druck auf die Mineralölfirmen zur Preissenkung vorgenommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher aus gegebenem Anlaß an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E

1.) Wie rechtfertigen Sie diesen überproportionalen Preisanstieg mit dem Versprechen der Bundesregierung, daß mit EU-Beitritt eine allgemeine Preissenkung eintreten wird ?

2.) Wurden seitens der Bundesregierung bzw. des Bundesministeriums für Finanzen Versuche unternommen, auf die Mineralölfirmen einzuwirken, daß diese infolge des gesunkenen Dollars die Preissenkung auch an die Verbraucher weitergeben könnten ?

Wenn ja, mit welchen Ergebnissen ?

Wenn nein, warum nicht ?

3.) Halten Sie den Vergleich der Österreichischen Mineralölpreise mit jenen der EU, die zwischen 25 und 40 % billiger sind, für die Österreichischen Verbraucher für zumutbar ?

4.) Wie hoch bewerten Sie den Kaufkraftabfluß sowie den Verlust an Steuereinnahmen auf Grund des ab 01. Mai sich abzeichnenden Tanktourismus in unseren Nachbarländern ?

5.) Welchen Einfluß kann die Bundesregierung auf die ÖMV ausüben, damit diese ihrerseits eine Senkung der Verbraucherpreise infolge des billigeren Rohölkaufes durch den gesunkenen Dollar umsetzen kann ?

Wann ist mit solchen Maßnahmen zu rechnen ?

6.) Wie wird sich der mit 01. Mai stattfindende Preissprung bei Mineralöl auf den allgemeinen Verbraucherpreisindex auswirken ?

Wien, den 2.6.1995